

Anfrage

Öffentlich

Datum

29.10.2013

Nummer

2553/13

Absender

DIE LINKE.
Rathaus
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

12.11.2013

Betreff / Beschlussvorschlag

Umsetzung von Ratsbeschlüssen

Am 08.05.2012 hat der Rat einstimmig einen SPD Antrag beschlossen, der vorsah, dass der Rat im Einzelfall darüber entscheidet, ob eine Stadtbahnstrecke als Rasengleis eingepflastert oder als Schottergleis ausgeführt wird. Zu den Mehrkosten heißt es in der beschlossenen Begründung: „Nach den vertraglichen Regelungen zwischen Stadt und Verkehrs-AG hat die Stadt die Mehrkosten für gestalterisch gewünschte Bauausführungen zu übernehmen.“

Am 19.02.2013 schlug die Verwaltung mit DS 15844/12 vor, dass verschiedene Strecken als Schottergleis realisiert werden sollen. Beim Punkt Finanzierung heißt es in der Verwaltungsvorlage: „Die Abdeckung eines zusätzlichen Investitionsbedarfes für Rasengleise würde über einen direkten städtischen Zuschuss erfolgen müssen.“ Der Rat folgte der Verwaltungsvorlage teilweise nicht und beschloss eine Realisierung der Maßnahme Elbestraße als Rasengleis. Dies zog laut Verwaltung zusätzliche Investitionskosten von 367.000 Euro nach sich.

Dazu wird die Verwaltung gefragt:

1. Hat es Initiativen der Verkehrs-AG gegeben, um die zusätzlichen Kosten für das Rasengleis Elbestraße vertragsgemäß zu erhalten?
2. Hat die Verwaltung gemäß dem Ratsbeschluss und der eigenen Ankündigung die Übernahme der zusätzlichen Kosten gegenüber der Verkehrs-AG erklärt?
3. Welche rechtlichen Schritte sind gegen Verwaltungsbeamte vorgesehen, wenn diese gegen Ratsbeschlüsse verstoßen, ohne dass diese von den Aufsichtsbehörden beanstandet sind?

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender